



Themenkoordinationsgruppe gegen die Folter

Jahresbericht Thailand

2017

Amnesty International beschreibt in ihrem Briefing *„They Cannot Keep Us Quiet“: The Criminalization of Activists, Human Rights Defenders and Others in Thailand* (Februar 2017) die juristischen Repressalien gegen zivilgesellschaftlichen Aktivist_innen, die Menschenrechtsverletzungen in Thailand anprangern. Einigen dieser Aktivist_innen wurden Strafen angedroht, weil sie über Folter und Misshandlung berichteten. Auch Folteropfer und ihre Angehörigen, die sich an die Öffentlichkeit wenden, müssen mit Anklagen rechnen.

Im Januar schuf die Staatsanwaltschaft allerdings einen positiven Präzedenzfall, als sie die Anklage gegen Naritsawaran „May“ Kaewnopparat fallen ließ. Naritsawaran „May“ Kaewnopparat hatte das Schicksal ihres Onkels publik gemacht: eines Militärangehörigen, der während seiner Dienstzeit zu Tode gefoltert worden war.

Thailand hat gegenüber dem UN-Ausschuss gegen die Folter wichtige Maßnahmen zur Umsetzung der Verpflichtungen angekündigt, die das Land mit der Ratifizierung der UN-Konvention gegen die Folter im Jahre 2007 eingegangen ist. Folter soll künftig unter Strafe gestellt werden. Eine unabhängige Kommission, die dem Justizministerium zugeordnet ist, soll in Zukunft alle Haftenrichtungen besuchen können. Amnesty International appelliert an die thailändische Regierung, diese Ankündigungen rasch in die Tat umzusetzen. Bislang wurden Fälle von Folter und Misshandlung durch thailändische Sicherheitskräfte nur selten unparteiisch untersucht und bestraft.

Im November stellte der leitende Staatsanwalt der Provinz Pattani das Strafverfahren wegen angeblicher Verleumdung gegen die Vorstandssprecherin der thailändischen Sektion von Amnesty International, Pornpen Khongkaonkiet, und zwei weitere Menschenrechts-Aktivist_innen – Somchai Homla-or und Anchana Heemmina – endgültig ein. Sie hatten im Februar 2016 gemeinsam einen Bericht über Folter und Misshandlung durch die thailändische Polizei und Armee veröffentlicht (vgl. den Jahresbericht Thailand 2016).

Nachdem die strafrechtlichen Ermittlungen gegen sie eingeleitet worden waren, führten Amnesty International und andere Menschenrechts-Organisationen eine Kampagne für die Einstellung des Strafverfahrens durch.